

hand präzisieren. Diese Propaganda ist nicht nutzlos. Die deutsche Regierung hat selbst erklärt, daß sie diese Anschlußfrage nicht aufwerfen will. Andererseits ist die Propaganda sehr lebhaft. Sie bemüht sich, eine jener Bewegungen in der öffentlichen Meinung hervorzuheben, die man in einem gegebenen Augenblick als unwiderstehlich bezeichnet. Statten könnte niemals einen solchen offenkundigen Vertragsbruch bilden, wie es der Anschluß Österreichs an Deutschland wäre. Dieser Anschluß würde eine veritable Vage schaffen, indem es gerade Deutschland sein würde, das als einzige Nation sein Gebiet und seine Bevölkerung durch Bildung des mächtigsten Blocks in Mitteleuropa vermehren würde. Die österreichische Regierung ist mit ihren Beziehungen zur italienischen Regierung sehr korrekt und verfolgt eine freundschaftliche Politik, aber es ist sehr peinlich, namentlich wenn man sich der Beweise von Großmut Italiens gegenüber Österreich erinnert, gewisse Feldzüge der Presse und der öffentlichen Meinung zu erleben, bei denen das gefordert wird, was wir Oberstufen nennen, und was so bleiben soll, weil wir die Brennergrenze als etwas Unwiderstehliches ansehen. Die italienische Regierung wird sie um jeden Preis verteidigen.

Zur Schuldenfrage übergehend, wies Mussolini darauf hin, daß Italien eine Schuld von 100 Milliarden Papierlire habe, von denen es 50 den Vereinigten Staaten schulde. Er sagte weiter: Es trifft nicht zu, daß die Vereinigten Staaten einen offiziellen Schritt unternommen haben, um die Eröffnung von Verhandlungen über diese Frage zu verlangen. Es haben nur und zwar nicht offizielle noch offizielle Besprechungen stattgefunden, um zu sehen, welche Grundlage die geringste Gefahr und die größten Vorteile bieten würde. Wenn es an unsere 832 000 Toten denken, an die 400 000 Invaliden, an die eine Million Verwundeten und an das Blut, das für das Versagen wurde, was ein gemeinsamer Sieg sein sollte, so wird zweifellos auf dem Grunde Ihres Bemüßens etwas fragen und erheben, aber in der Politik der Staaten muß man entsprechend den Realitäten handeln und sich nicht vom Idealismus beherrschen lassen. Die Regierung erkennt ihre Schuld an und erklärt, daß sie soweit sich dies mit der gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen Lage vereinbaren läßt, ihren Verpflichtungen nachkommen wird. Angesichts der Opfer an Blut die wir im Kriege gebracht haben, und des Umfangs unseres Nationalreichtums, der nur einem Fünftel des französischen gleichkommt und mit dem englischen überhaupt nicht verglichen werden kann, müßte man uns aber etwas mehr als der meistbegünstigten Nation zugestehen, d. h. wenn man den anderen ein Moratorium gewährt, so müßte man uns ein größeres Moratorium kugestehen, und wenn man den anderen eine ratenweise Abtragung der Schuld in Jahresraten gestattet, so werde ich zwar nicht eine Verteilung über Jahrhunderte verlangen, aber einen im Verhältnis zu den übrigen Schuldnern entsprechend längeren Zeitraum. Wenn man will, daß wir bezahlen, so muß man uns die Möglichkeit geben, unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Es würde wirklich grausam sein, eine Vorzugsbehandlung für besiegte Länder einzuführen und eine unerträgliche Behandlung für Siegerstaaten.

Mussolini betonte zum Schluß, daß die Politik der italienischen Regierung die gleiche bleibe. Sie lasse sich leiten von der Notwendigkeit einer Versöhnung, die den berechtigten Interessen Italiens Rechnung trage, und erstrebe eine Vermehrung des Ansehens Italiens in der Welt.

Amerika stellt Frankreich günstige Zahlungsbedingungen?

Bezüglich der Schuldensundierung ist seitens der amerikanischen Regierung ein neuer Schritt erfolgt. Die amerikanische Regierung hat beschlossen, den Botschafter Charles Dewey vom Handelsamt nach Europa zu entsenden. Er hat den Auftrag, den einzelnen Regierungen die Haltung Amerikas zu erklären und die Fundierung vorzubereiten. Dewey reist am Mittwoch nach Europa ab. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Fundierungskommission, die für Amerika die Verhandlungen zu leiten hat, demnächst zusammentreten wird. Die aus Washington abwesenden Senatsmitglieder sind bereits zurückgerufen worden.

In politischen Kreisen fließt nunmehr durch, daß Coolidge persönlich die Triebkraft bei den von den Vereinigten Staaten unternommenen Schritten zur Erlangung von Fundierungsvorschlägen gewesen ist. Er geht dabei von der Überlegung aus, daß das laufende Jahr für die Vereinigten Staaten nur einen Budgetüberschuß von 100 Millionen Dollar erbrachte und das nächste Rechnungsjahr wahrscheinlich einen Ueberschuß von 300 Millionen Dollar erbringen werde, daß man aber in den Vereinigten Staaten durch Sparmaßnahmen keine weiteren Ueberschüsse, die für die Herabsetzung der Steuerlasten verwendet werden können, erzielen kann. Um Steuerermäßigungen und die Tilgung der eigenen schwebenden Schuld von 23 Milliarden wieder zu ermöglichen, müssen andere Einnahmequellen erschlossen werden, weswegen die Schuldfrage angeschnitten wurde.

Man errechnete, daß unter Zugrundelegung solcher Bedingnngen, wie sie von England gewährt wurden, jährlich von allen Schuldnern zusammen eine halbe Milliarde Dollar eingehen würde, die hinreichend wären, um die Punkte des Programms bezüglich der Steuerermäßigung durchzuführen. Allerdings wird auch schon in Betracht gezogen, daß Frankreich unter Umständen günstigere Bedingungen erhalten sollte als England. Sollte der Konkrete dazu seine Zustimmung geben, so müßte wahrscheinlich auch mit England nochmals verhandelt werden. Denn, wenn auch England bezüglich der Schulden nicht die Weltbegünstigungsklausel besitzt, so ist ihm doch mündlich seinerzeit erklärt worden, daß eine Bevorzugung einer anderen Nation nicht eintreten würde.

Das Gnadenrecht des Reichspräsidenten.

Das Präsidium des Reichspräsidenten teilt mit: Bei dem Herrn Reichspräsidenten läuft täglich eine große Anzahl von Gnadenersuchen ein, für deren Entscheidung der Herr Reichspräsident heraufkommen müßte nicht zuwändig ist. Es wird darauf hingewiesen, daß das Gnadenrecht dem Herrn Reichspräsidenten nur in den Fällen zusteht, in denen ein Verstoß gegen das Gesetz, also das Verstoßverbrechen in erster Instanz, der Staatsgerichtshof, ein außerordentliches Gericht, ein Militärgericht oder ein Reichsgericht in erster Instanz, ein Verwaltungsgericht oder ein Verwaltungsgericht des Reichspräsidenten hat. In der meantime größeren Anzahl von Fällen, in denen Gerichte eines Landes, wie Schöffengericht, Strafammer oder Schöffengericht, die hernach unzuständigweise bei dem Herrn Reichspräsidenten einlaufen, werden ohne Stellungnahme an die Justizministerien der Länder abgegeben. Die Einreichung bei dem Herrn Reichspräsidenten bedeutet lediglich einen zweifachen und zeitraubenden Umweg, den zu vermeiden im Interesse der Geschicklichkeit wie der Behörden liegt.

Unterhausdialoge um die „Glückwünsche“.

London, 20. Mai. Kommandeur Kenworthy (Liberal) fragte, ob die Regierung seiner Majestät an den neuen deutschen Reichspräsidenten gelegentlich seiner Wahl Glückwünsche ausgesprochen habe, und, wenn nicht, wann dies geschehen werde.

Außenminister Chamberlain antwortete, die Antwort zu dem ersten Teil der Frage sei verneinend, die britische Regierung besage nicht dem Präsidenten eines fremden Landes zu seiner Wahl Glückwünsche zu senden, eine Antwort auf den zweiten Teil der Frage erübrige sich daher. Es sei möglich, daß ein besonderer Fall eintreten könne, aber es sei keine Gewohnheit der Regierung. Auf eine weitere Frage des Abg. Jones, ob ein Unterschied bestehe zwischen Glückwünschen, die von seiner Majestät und solchen, die von der Regierung gesandt werden, antwortete Chamberlain: Ja, der Unterschied ist der, daß die ersteren von seiner Majestät, die anderen von der Regierung ausgehen. (Beifall.)

Kenworthy fragte weiter, ob es üblich sei, Glückwünsche an ein gekröntes Staatsoberhaupt, z. B. an einen König, zu senden.

Chamberlain antwortete darauf: Er habe nicht das ganze Protokoll in seinem Kopfe, und diese Frage müsse ihm schriftlich angefragt werden.

Der Abg. Jones fragte, ob nicht an Präsident Ebert Glückwünsche übermittelt worden seien, und weshalb dies bei seinem Nachfolger nicht geschehen sei.

Chamberlain antwortete: Ich erinnere mich nicht. Ich streite es nicht ab. Der allgemeine Brauch der Regierung ist so, wie ich feststellte, aber es gibt besondere Gelegenheiten, bei welchen die Regierung seiner Majestät es aus dem einen oder anderem Grunde für richtig befunden hat, eine Ausnahme zu machen.

Auf eine weitere Frage Kenworthys, ob Chamberlain sich dessen bewußt sei, daß die Koalitionregierung in der er, Chamberlain Minister war, an den polnischen General Bilsuski, als dieser Kiew angenommen hatte, Glückwünsche gesandt habe, antwortete der Sprecher des Unterhauses diese Frage müsse schriftlich gestellt werden.

Endlich ein vernünftiges Wort.

Madrid, 21. Mai. Ueber das Drängen der Vereinigten Staaten auf Bezahlung der Kriegsschulden durch Frankreich schreibt „El Sol“, wenn Frankreich und die übrigen Schuldner die Unmöglichkeit der Zahlung erklären, wenn also die Siegerstaaten nach Vergütung ihrer Territorien nicht zahlen können, dann sei für Deutschland, das seine Kolonien und einige seiner reichsten Provinzen verloren habe, die Möglichkeit zu zahlen noch viel geringer.

Um die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Genf, 20. Mai. In den Kreisen der Internationalen Arbeitskonferenz wird von einer bevorstehenden Zusammenkunft der Arbeitsminister Frankreichs, Dänemarks, Belgiens und Deutschlands gesprochen, die voraussichtlich in Genf stattfinden. Gegenstand der Beratungen wäre die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens betreffend den achtstündigen Arbeitstag. Wie man sich erinnert, haben bereits im Dezember letzten Jahres in Berlin zwischen den Ministern der betroffenen Länder Verhandlungen über die Angelegenheit stattgefunden.

Kunst und Wissenschaft.

Der Homer Südafrikas.

Zum Tode von Sir Henry Rider Haggard. Mit dem bekannten Romankünstler Sir Henry Rider Haggard, der nach der Vollendung seines 69. Lebensjahres plötzlich in London gestorben ist, verliert England einen seiner fruchtbarsten und erfolgreichsten Autoren. Auch in Deutschland sind die Romane von Haggard in weite Kreise gedrungen. Mehr als vierzig an der Zahl, sind sie samt und sonders außerordentlich spannend, oft mit phantastischen Elementen und nicht selten auch mit übernatürlichen Motiven durchsetzt, gleichzeitig aber überaus anschaulich und schlagkräftig in ihrer im guten Sinn des Wortes realistischen Schilderung von Land und Leuten. Die meisten Romane von Haggard spielen in den britischen Kolonien, meist in Südafrika, das Haggard als erster literarisch entdeckt hat. Am 29. Juni 1858 zu Beadertown in Natal geboren, unternahm Haggard nach Beendigung seiner Studienzeit ausgedehnte Reisen, die ihn u. a. nach Island und auch Westindien führten. Urb. Nach Jurist trat er später in den Kolonialdienst und verließ das Land in Südafrika als Sekretär Henry Bulwers. Den ersten Burenkrieg machte er als Offizier mit. Den größten Erfolg unter seinen Romanen hatte „She“, die Geschichte einer phantastischen Königin in einem unzugänglichen Reich im Innern Südafrikas, einer Gründung König Salomos. Vorher hatte er bereits den Roman „König Salomos Bergwerk“ und eine Reihe von Erzählungen veröffentlicht, die gleichfalls aus der Welt Südafrikas geschöpft waren. Später behandelte er mit Vorliebe die Geschichte der Buren. In „Jeh“ bot er eine vorzügliche Schilderung des wirklichen Lebens von Transvaal.

Unbekannte Victor Hugo-Reliquien.

Versteigerung eines Buches von Victor Hugo hat sich in Paris ein bemerkenswerter Rechtsfall entrollt. Es handelt sich um die Originalausgabe der „Contemplations“, die von einem Bücherhändler zur Auktion gebracht wurde. Der Käufer des Buches fand zwischen den Seiten Briefe des Dichters

und seiner Frau, ferner Handzeichnungen von Victor Hugo, eine Photographie seiner Frau auf dem Totenbett und endlich ein Stückchen des Kinderleibes, das Leopoldine Hugo, die Tochter des Dichters trug, als sie in der Seine ertrank. Die Entdeckung Victor Hugos hat nun eine einseitige Verfügung beantragt, daß das Buch zu ihren Gunsten dem Käufer abzunehmen sei, da es keinen Handelsartikel, sondern eine Familienerinnerung darstelle. Das Gericht hat dahin entschieden, daß das Buch bis zum gerichtlichen Austrag der Angelegenheit in den Händen des Auktionators verbleiben soll.

Ein Institut zur Unteruchung der Doffkrankheit.

Zur Unteruchung der Doffkrankheit ist in Pillau eine Centrale für chemische Untersuchungen eingerichtet worden unter Leitung von Prof. Lodeemann vom Institut für Infektionskrankheiten Robert Koch in Berlin. Die Untersuchungen, die wegen des Klimas bisher nur im Laboratorium ausgeführt werden konnten, werden nun an Ort und Stelle fortgesetzt; zu diesem Zweck steht ein geeignetes Wasserfahrzeug zur Verfügung. Außerdem wird in Zimmerrube Dr. Doerbed die Behandlung der Erkrankten, soweit diese nicht von anderen Ärzten erfolgt, übernehmen. Die Königsberger wissenschaftlichen Institute arbeiten gemeinsam mit den auswärtigen Sachverständigen, den Medizinern und dem Regierungspräsidenten an der Aufklärung der Krankheit mit. Zweck Verbesserung der Abwässer der Kanalsanitation werden zurzeit eingreifende Maßnahmen vorbereitet bzw. sind bereits vorgenommen. In der Woche vom 3. bis 9. Mai sind in den zum Regierungsbezirk Königsberg gehörenden Doffkrankheiten acht sichere Fälle von Doffkrankheit festgestellt; seit dem 12. Mai sind 14 Erkrankungsfälle (darunter ein tödlicher) gemeldet.

75jähriges Jubiläum der Österreichischen Geologischen Bundesanstalt. Die österreichische Geologische Bundesanstalt feierte am Dienstag in Anwesenheit des Bundespräsidenten und zahlreicher Vertreter der Wissenschaft ihr 75jähriges Jubiläum. Die Vertreter des Preussischen Geologischen Landesinstituts und der Deutschen Geologischen Gesellschaft sowie der Vertreter der Sächsischen Geologischen Anstalt hoben in ihren Festansprachen die Tätigkeit und die Bedeutung der österreichischen Anstalts hervor und sprachen die Hoffnung aus, daß die Anstalt zur Entfaltung und Erhaltung der geologischen Bande zwischen Deutschland und Österreich weiterhin beitragen und zu neuer Blüte des Deutschturns führen werde.

Uebersiedlungsgefahren und ihre Bekämpfung.

Am Neuport tagte kürzlich ein internationaler Bevölkerungskongress, dem eine große Zahl von Ärzten, Sozialwissenschaftlern, Historikern, Volkswirtschaftlern und Hygienikern aus aller Herren Länder beizohnte. Die Vorträge und Debatten drehten sich um das Thema des Uebersiedlungsproblems, das zwar für die Vereinigten Staaten noch keine brennende Frage darstellt, immerhin aber bereits auch dort die Aufmerksamkeit weiterer Kreise erregt. U. a. wurde festgestellt, daß die von der Inlandsproduktion ernährbare Höchstzahl der Bevölkerung der Vereinigten Staaten an der 200-Millionengrenze liegt und daß diese Grenze in etwa fünfzig Jahren erreicht werden dürfte. Von da ab würden die Vereinigten Staaten genötigt sein, mehr zu erzeugen und sich gleichzeitig Beschränkungen im Lebensmittelerbrauch aufzulegen, wie sie die armen Länder der alten Welt schon heute kennen. Diese Beschränkungen in der Lebensführung dürften umso größer sein, als die Lebensmittelerzeugung ja nicht genügend gesteigert werden kann, sobald eine gewisse Grenze erreicht ist. Die intensive Ausnutzung des Bodens und die Verwendung neuer, diesem Zweck dienender Maschinen müssen notwendigerweise früher oder später zur Erschöpfung des Bodens führen. Der dem Kongress beizohnende deutsche Historiker Ferdinand Goldstein benutzte die Gelegenheit, um einen Vorschlag auf das Gebiet der Weltpolitik zu machen, indem er ausführte, daß Italien und Japan notwendigerweise einem neuen Weltkrieg entgegengehen, da sie genötigt sein werden, für ihren Menschenüberfluß einen Ausweg zu schaffen. In diesem Zusammenhang dürfte, wie der Redner ausführte, Japan mit Frankreich ein Bündnis schließen, um den Seekrieg gegen die Vereinigten Staaten, England und Holland führen zu können. Der Engländer Harold Cox wartete demgegenüber sofort mit einer Formel auf, die geeignet sein soll, den drohenden Weltkrieg zu vermeiden. „Anstelle der derzeitigen Philosophien von Genf“, sagte der Redner u. a., „müßte man einen neuen Völkerverbund schaffen, dessen Aufgabe es wäre, durch ständige Kontrolle der Geburten in der ganzen Welt Maßnahmen zur Vermehrung der Uebersiedlungsgefahren zu ergreifen. Die Abklärung auf dem Gebiete der Bevölkerungsermehrung ist das beste Sicherheitsventil.“ Wirklich höchst einfach! Keine Völkerverbände, keine Völkerverbündnisse, keine Völkerverbündnisse, sondern nur ein wenig „internationale Geburtenkontrolle.“